



Arbeit für weitere Jahre

Kipping und Riexinger finden: Ohne LINKE geht es nicht. **Seiten 2 und 3**

Foto: dpa/Bodo Marks

Größter Steuerbetrug

Der Bundestag beschäftigt sich bald mit den dubiosen Cum-Ex-Deals. **Seite 6**

Wenn der Kopf zur Waffe wird

Ex-Eishockeyprofi Stefan Ustorf leidet noch immer an den Folgen von Gehirnerschütterungen. Ein neuer Film zeigt, wie tödlich American Football sein kann. **Seite 18**

Foto: 123rf/levgen Onyshchenko



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 19. Februar 2016

71. Jahrgang/Nr. 42

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Krieg ist zurückgekehrt

Roland Etszel zum Attentat in der türkischen Hauptstadt

Der Krieg ist in Ankara angekommen oder besser: dorthin zurückgekehrt. Denn die Vernichtungskampagne des türkischen Staates, verkörpert in der Politik seines Präsidenten Erdogan, wurde von ihm voriges Jahr genau dort in der Hauptstadt proklamiert; mit allen Zutaten einer unversöhnlichen Hasskampagne gegenüber kurdischem Wunsch nach Selbstbestimmung, in der Türkei und sogar hinter den Grenzen von Erdogans Machtbereich, in Syrien.

Die türkische Führung beließ es nicht beim Verbalradikalismus. Ihr Mordfeldzug im kurdischen Südosten der Türkei war blutige Realität und ist nicht beendet. Den »Krieg gegen das eigene Volk«, den Erdogan permanent in Syrien anprangert, den führt er selbst und schon etwas länger.

Die Zeit des Dialogs mit Kurdenführern erscheint angesichts der widerwärtigen Rhetorik Erdogans »vom entschlossenen Handeln bis zur endgültigen Vernichtung aller Terroristen« wie ein kaum noch erklärbares Intermezzo. Die Verbündeten wenden sich vorsichtig ab. Wer möchte sich auch damit gemein machen? Einige aber tun es, darunter – neuerdings – der König von Saudi-Arabien und – schon länger, was immer in Kurdistan an Blut fließt – die Kanzlerin. Soll es doch. Merkel will, dass die Türkei den von ihr gewünschten Job in der Flüchtlingskrise macht. Basta. Sie nennt das: »Meine ganze Kraft konzentriere ich auf den europäisch-türkischen Ansatz.« Ergo: Die Koalition der Willigen ist auch eine der Unbelehrbaren.



Nach der Detonation am Mittwochabend in Ankara

Foto: dpa/Str

Türkei macht mobil

28 Todesopfer nach Anschlag in Ankara

Nur einen Tag nach dem Anschlag von Ankara stehen die Verantwortlichen für die türkische Regierung fest: die PKK und die syrische Kurdenmiliz. Beide bestreiten aber, mit der Tat zu tun zu haben.

Von Roland Etszel

Die türkische Regierung hat sich nicht lange mit der Suche nach den Schuldigen aufgehalten. Noch in der Nacht zu Donnerstag erklärte Ministerpräsident Ahmet Davutoglu die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Volksverteidigungseinheiten (YPG) für verantwortlich, also jene kurdisch-syrischen Organisationen, die von der türkischen Armee bereits seit Tagen über die syrische Grenze hinweg beschossen werden. Er griff dabei tief ins patriotische Arsenal. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan selbst ließ es sich nicht nehmen, im Fernsehen Mitteilung von dem Attentat auf einen Armeebus zu machen, bei dem am Mittwochabend in der Hauptstadt Ankara 28 Personen getötet und 61 verletzt worden waren. Unter den 28 Toten sind 27 Soldaten. Erdogan ließ dabei wenig von dem aus, was man von ihm an Pathos und Patriotismus bereits kennt, wenn er vom »Überlebenskampf der türkischen Nation« gegen »den Terrorismus« schwadroniert. Die Türkei werde »nicht zögern, von ihrem Recht auf Selbstverteidigung jederzeit, überall und unter allen Umständen Gebrauch zu machen«, so Erdogan. »Unser Kampf gegen die Täter und die Mächte hinter diesen Tätern, die keinerlei Moral und Menschlichkeit haben, wird jeden Tag mit noch größerer Entschiedenheit fortgesetzt«, drohte er über die Grenze.

Bei einem weiteren Bombenanschlag auf die Armee bei Diyarbakir sind mindestens sechs Soldaten getötet worden. Ankara machte auch dafür die PKK verantwortlich. Glaubt man türkischen Medien, so haben sich der oder die vermeintlichen Attentäter nicht allzu viel Mühe gegeben, um die Tat zu verschleiern. Die Istanbul Zeitung »Yeni Şafak« wusste schon in ihrer Donnerstagausgabe, dass der Attentäter Salih Necar –

türkische Schreibweise – heißt, 23 Jahre alt ist und den YPG angehört. Praktischerweise für die Ermittler hatte der Syrer bei seiner Einreise im Juli seine Fingerabdrücke abgegeben, anhand derer er schon Stunden später habe identifiziert werden können. All dies bleibt für die türkische Öffentlichkeit erst einmal ohne Nachfragen so stehen, denn Davutoglu verhängte »aus Gründen der nationalen Sicherheit« eine Nachrichtensperre. Praktische Folge: Elektronische und Printmedien dürfen über den Anschlag nur offizielle Verlautbarungen bekanntgeben.

So erfahren zum Beispiel die Rezipienten der meisten Medien nicht, dass PKK-Kommandeur Cemil Bayik gegenüber der PKK-nahen Agentur Firat sagte: »Wir wissen nicht, wer das getan hat.« Auch die Partei der Demokratischen Union (PYD), deren bewaffneter Arm die YPG ist, wies jede Verantwortung für den Anschlag zurück. »Wir haben keine Verbindungen zu dem, was in der Türkei passiert«, sagte der Ko-Vorsitzende der PYD, Salih Muslim, zu dpa. Die türkischen Anschuldigungen seien Teil einer »Eskalationspolitik« gegen kurdische Parteien.

Davutoglu kündigte ungeachtet dessen sofort »Vergeltung« für den Anschlag an. Zugleich erhob er schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Damaskus. »Die YPG ist eine Marionette des syrischen Regimes«, wird er von dpa zitiert, »und das syrische Regime ist direkt verantwortlich für diesen Anschlag. Wir behalten uns das Recht vor, jede Art von Maßnahme gegen das syrische Regime zu treffen.« Die Türkei werde den »verräterischen Elementen und Marionetten der äußeren Mächte ohne zu zögern auf härteste Weise entgegenzutreten«.

Die Bundesregierung scheint indes nicht geneigt, derlei Propagandagetöse zu hinterfragen. Regierungssprecher Steffen Seibert teilte in Berlin mit, Kanzlerin Angela Merkel habe Davutoglu und Erdogan »deutsche Solidarität im Anti-Terror-Kampf« zugesichert. Vom Wunsch nach einer politischen Lösung des Kurdenkonflikts, zu dem Berlin Ankara bis zum Vorjahr immer wieder aufforderte, ist nicht mehr die Rede. **Seite 5**

UNTEN LINKS

Unter den zahllosen Chancen, die der hiesigen Gesellschaft im Gefolge der muslimischen Masseneinwanderung drohen, sticht eine ganz besonders hervor: Das Präsentieren und Etablieren islamischer Religion und Kultur im öffentlichen Raum dürfte einem bislang eher marginalen literarischen Genre zu beispiellosem Aufschwung verhelfen – dem Mohammed-Witz. Hier eine einschlägige originäre Kostprobe: Einmal kam eine alte Frau zum Propheten Mohammed und bat ihn eindringlich, er möge doch Gott bitten, dass sie ins Paradies gelänge. Daraufhin entgegnete Mohammed sehr ernst: »Ins Paradies kommen keine alten Frauen, nur junge hübsche.« Erschrocken über diese Antwort wandte sich die alte Frau ab und weinte gar bitterlich. Lachend beruhigte sie da der Prophet: »Ja, weißt du denn nicht, dass alle Menschen im Paradies jung und hübsch bleiben?« Mario Barth arbeitet bereits an einem entsprechenden Bühnenprogramm. Es heißt »Witze mit Barth – des Propheten«. ibo

Österreich sorgt für neuen Gipfel-Streit

EU-Kommission erklärte Tagesobergrenze von 80 Asylanträgen für rechtswidrig

Auch ohne den wegen des Anschlags in Ankara abgesagten Mini-EU-Türkei-Gipfel war die Asyl- und Migrationspolitik wichtigstes Thema zu Beginn des Rattreffens in Brüssel.

Von Katja Herzberg

David Cameron versuchte, die Spannung hochzuhalten. Kurz vor Beginn des EU-Gipfels in Brüssel am Donnerstagnachmittag gab sich der britische Premier kämpferisch. »Wenn wir eine gute Vereinbarung bekommen, werde ich diesen Deal annehmen. Aber ich werde keinen Deal annehmen, der unseren Bedürfnissen nicht entspricht«, sagte der Konservative. Auch EU-Ratspräsident Donald Tusk sparte nicht an Dramatisierung. Bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten gehe es um »alles oder nichts«.

Die beiden sprachen jedoch nicht über die Flüchtlingspolitik, sondern bezogen sich auf die Beratungen über die von Großbritannien geforderten »Reformen« der EU im Gegenzug für einen Verbleib in der Staatengemeinschaft. Uneinigkeit gab es bis zuletzt vor allem in der Frage, ob die Auszahlung von Sozialleistungen

an EU-Bürger eingeschränkt werden dürfe. Aus dem letzten Kompromissentwurf ging hervor, dass die Zuwanderungs-»Notbremse« nur für Großbritannien gelten soll. Die Einschränkung für Sozialleistungen für bis zu vier Jahre solle nur dann möglich sein, wenn diese steuerfinanziert sind und nicht über Sozialabgaben der Arbeit-

»Jeder wird sein Drama haben und dann werden wir uns einigen.«

Dalia Grybauskaitė, Präsidentin von Litauen

nehmer. Das ist in der EU nur bei Großbritannien der Fall.

Im Gegensatz zu Tusk und Cameron verbreiteten andere EU-Akteure mit Blick auf die »Brexite« Diskussion Optimismus. »Die Sache ist noch nicht gelaufen, aber sie wird am Ende des Tages gelaufen sein«, sagte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident, bekräftigte das große Interesse Brüssels, das Vereinigte Königreich in der EU zu halten. Die

litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė glaubte ebenso nicht an eine Blockade: »Jeder wird sein Drama haben und dann werden wir uns einigen.«

Angespannter war die Stimmung beim zweiten Gipfel-Thema, der Flüchtlingsfrage. Auch ohne den abgesagten Mini-Gipfel standen Versuche der Begrenzung des Zustroms Schutzsuchender nach Europa im Fokus. Elf EU-Länder, die etwas missverständlich bezeichnete »Koalition der Willigen«, wollte mit dem Regierungschef der Türkei, Ahmet Davutoglu, verhandeln. Wegen des Anschlags in Ankara vom Mittwochabend wurde das Treffen jedoch abgesagt.

Ausgerechnet Österreich, das dabei als Gastgeber fungieren sollte, sorgte dennoch für neuen Ärger. Die Regierung von Bundeskanzler Werner Faymann will von diesem Freitag an nur noch maximal 80 Asylanträge pro Tag akzeptieren. Aus Sicht der EU-Kommission handelt die Alpenrepublik damit rechtswidrig. »Solch eine Politik wäre klar unvereinbar mit Österreichs Verpflichtungen unter europäischem und internationalem Recht«, schrieb EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos in einem Brief an Wien. Die

Brüsseler Behörde kritisierte auch, dass die österreichischen Behörden fortan bis zu 3200 Flüchtlinge, die in andere Länder wie Deutschland wollen, passieren lassen wollen. Die Kommission fordert schon länger ein Ende der »Politik des Durchwinkens«. Faymann ließ die Kritik an sich abprallen: »Juristische Meinungen werden von Juristen beantwortet. Politisch sage ich: Wir bleiben dabei.«

»Auch über die Überraschungen der letzten Tage werden wir uns zu unterhalten haben«, deutete Juncker seinen Unmut an. An weitreichende Beschlüsse in der Flüchtlingsfrage glaubte er kurz vor Beginn des Gipfels nicht mehr. Es mangle an einem europäischen Ansatz. Mit Agenturen

Lesen Sie morgen im wochen-nd

NSU-Skandal: Schriftsteller Wolfgang Schorlau im Interview

Mosaikkunst: Spurensuche in der Ukraine und Georgien

Regierungskoalition in Kiew geplatzt

Kabinet Jazenjuk verlor Mehrheit

Kiew. Die Koalition des ukrainischen Regierungschefs Arseni Jazenjuk ist am Donnerstag geplatzt. Die liberale Partei Samopomitsch (Selbsthilfe) erklärte am Mittag in Kiew ihren Austritt aus dem Bündnis. Sie beklagte angesichts des am Dienstag gescheiterten Misstrauensvotums im Parlament gegen die Regierung eine offene Verschwörung der höchsten Staatsführung mit den von Oligarchen kontrollierten Kräften im Parlament. Dies habe die Koalition zerstört. Ohne eigene Mehrheit steht Jazenjuks Allianz von zuletzt noch drei Parteien vor dem Aus. Zu einer Mehrheit fehlen ihr mindestens neun Mandate. Wenn sich innerhalb von 30 Tagen keine neue Regierung findet, kann Präsident Petro Poroschenko, der die Regierung zum Rücktritt gedrängt hatte, das Parlament auflösen und vorgezogene Neuwahlen ausrufen. Die Koalition für eine »Europäische Ukraine« hatte sich Ende 2014 gebildet.

Jazenjuk gab sich in einer ersten Reaktion kämpferisch. »Wir werden nicht zulassen, dass das Land in einem Strudel von Instabilität und Chaos versinkt«, sagte er. Einen Rücktritt schloss er aus. Samopomitsch warb für einen Neuanfang. Fraktionschef Oleg Beresjuk und andere Kritiker warfen der Führung um Jazenjuk Vetternwirtschaft und Korruption vor. Die Politik des Landes müsse sich von der Macht der Oligarchen lösen, forderte er. Der Ausstieg der Vaterlandspartei von Ex-Premier Julia Timoschenko wurde vom Parlamentspräsidenten offiziell mitgeteilt. dpa/nd

ISSN 0323-4940

